

Bezugspreise:
für Halle monat. bei zweimal. Zu-
stellung 7.— M., vierteljähr. 21.—
M., u. Zustellungsgebühr, l. d. Aus-
gabenstellen abgeholt M. 7.— mon-
natl., durch unv. anwärt. Zweig-
stellen bei tägl. einmal. Zustellg. 6.—
M., u. Bestellg. durch die Post
monat. 9.25 M., vierteljähr. 27.75
M., einj. 101.— u. Zustellungsgebühr. Be-
stellung. nehmen alle Postanstalten
an. Amal. Zeitungsverzeichnis:
Saale-Zeitung. Für anrechnungseing-
egang. Mann kripte u. ist keine Be-
währ übernehmen. Nachdruck nur
m. Quellenang. Saale-Zeitung ge-
stattet. Fernr. der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abtg. Nr. 1103
u. 1133, des Bezugs-Abtg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Funfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gefaltene 33 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 70 Pf.,
Familien- u. kleine Anzeigen (einsch-
l. Legenheitsanfragen) 40 Pf.
Reklamen die 92 mm breite Milli-
meterzeile 3.— M. Bei Wieder-
holung Ermäßigung lt. bef. An-
zeigebedingungen. Anzeigen neh-
men an unsere Geschäftsstellen u.
sämtliche Anzeigenverträge. Er-
füllungsort: Halle. Erscheint tägl.
2 mal, Sonntags u. Montags
1 mal. Schriftleitung und
Geschäftsstelle: Saale, Neue Prome-
nade 10, Er. Brauhausstr. 17.
Leben-Geschäftsstelle: Markt 24.
Postfach-Ronto Leipzig Nr. 22815

Nr. 502.

Halle, Mittwoch, den 26. Oktober 1921.

Einzelpreis 40 Pfg.

Massenfundgebung gegen den Raub Oberschlesiens.

In der Genfer Entscheidung der Oberschlesischen Frage geschieht dem deutschen Volke schweres Unrecht. Sie verschließt gegen den in der Abstimmung zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes. Das Ausland würde eine schweigende Hinnahme auch dieses Unrechtes nicht verziehen. Alle Schichten der Bevölkerung werden durch die angedrohten Verluste in ihren Lebensmöglichkeiten auf das Schwerste bedroht. Der **Verband heimattreuer Oberschlesier**, der politisch vollkommen neutral ist, ruft zu einer Massenfundgebung auf, die

Donnerstag, den 27. Oktober, nachmittags 4 1/4 Uhr auf dem Hallmarkt

stattfinden soll. Sämtliche Betriebe werden gebeten, an diesem Tage in der Zeit von 4—5 Uhr zu schließen, um die Macht der Kundgebung zu unterstützen.

Die Ansprache hält der Vorsitzende des Verbandes heimattreuer Oberschlesier.

Scheitern der Kabinettsbildung?

Berlin, 26. Okt. (Eig. Drahtnachricht.) Die Neu-
bildung des Kabinetts, die man in den letzten Abendstunden
des Dienstag bereits für abgeschlossen halten konnte und
die Dr. Wirth wiederum als Reichszugler an der Spitze
sah, ist wieder einmal gescheitert. Dr. Adolf Bäcker, der
für den Posten des Ministers des Innern in Aussicht ge-
nommen war, hatte sich bereit erklärt, das Portefeuille an-
zunehmen. Dagegen hat Staatssekretär Dr. Zapf die
Übernahme des Finanzministeriums abgelehnt. Fraglich
war allein, ob Dr. Schiffer den Posten des Justiz-
ministers wieder übernehmen würde. Dieses Kabinett ist
in den Vormittagsstunden des Mittwoch wieder in nichts zer-
fallen. Es ist eine völlige Verwirrung dadurch
eingetreten, daß die Demokraten sich plötzlich an-
scheinend gegen den Verbleib ihrer Mi-
nister im Kabinett erklärt haben, auch dann,
wenn es sich um ein reines Beamtensministerium handeln
würde. Es ist nicht nur der Verbleib von Dr. Geßler,
sondern auch der von Dr. Schiffer und anderen in Frage
gestellt und die Lage ist wieder einmal völlig ungelöst.

Heute 4 Uhr Reichstags-sitzung.

Berlin, 26. Okt. (Drahtnachricht.) Die „B. Z.“ meldet
in der augenblicklichen Lage: Das Schicksal der neuen Re-
gierung Wirth wird sich endgültig erst heute in der Reichs-
tagssitzung entscheiden. Die Reichstags-sitzung, die ur-
sprünglich auf 12 Uhr anberaumt war und durch die wieder
eingetretene ungelöste Lage auf 2 Uhr verschoben werden
muß, hat abermals eine hinausgerückte auf 4 Uhr
nachmittags erfahren. Sie wird mit einer Programm-
klärung zur ober-schlesischen Frage eröffnet werden.

Eine solche Verhandlung in den Mittagsstunden bei uns
eingingen, lagen uns von unsern Mitarbeitern folgende
Nachrichten vor:

Eine sozialistische Erklärung gegen die deutsche Vollspartei.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht in seiner heutigen Morgen-
ausgabe eine Erklärung der Vertreter der sozialdemokratischen
Reichstagsfraktion in der Sitzung beim Reichspräsidenten vom
24. Oktober, Hermann Müller, Scheidemann und Bais, in der
es heißt:

Die Vertreter der Deutschen Vollspartei haben in der
vertraulichen Sitzung ein Verfahren in der ober-schlesischen Frage
vorgeschlagen, von dem sie selber als möglich voraussehen, daß
es zu neuen Zwangsmassnahmen der Entente
gegen Deutschland führen würde. Sie haben zugleich
versucht, sich für ein solches Verfahren Deduktion durch die übri-
gen, in der Sitzung vertretenen Parteien zu liefern. Diese
Deduktion konnte ihnen nicht verprochen werden, da unsere
Partei gewissensvollerweise nicht die Verantwortung für ein
Verfahren übernehmen kann, das zwar den Gegner zu Zwangs-
massnahmen gegen das deutsche Volk zwingt, diesem aber
eine völlig unparteiliche, lediglich aus der Natur der Sache
zu fließende Entscheidung erspart. Denn es fehlte die Unabhängig-
keit der Mitglieder des Reichspräsidenten von deren sel-

Interaktionelle Besprechungen sind vertraulicher Natur. Wir
erklären daher in der Veröffentlichung der Vorgänge in der
interaktionellen Beratung der Deutschen Volkspartei einen
von rein parti-haltigen Erwägungen diktierten, die Inter-
essen des Reichspräsidenten zu berücksichtigen.

Kein Koalitionskabinett.

Das von Dr. Wirth zu bildende Reichskabinett wird
kein Koalitionskabinett sein, sondern sich aus Positivern
ohne Ansehen der Partei zusammensetzen, die geeignet und
guten Willens sind, die Politik des Reichspräsidenten zu unter-
stützen. Das Zentrum sowohl als auch die Sozialdemo-
kraten haben ihren Mitgliedern des früheren Kabinetts
freigestellt, in das neue Kabinett Wirth einzutreten. Unbe-
stimmt ist noch das Verhalten der Demokraten. Der „Voll-
stg.“ zufolge sollen von den demokratischen Ministern Dr.
Rathenau und Dr. Geßler bleiben, aber als Fach-
und nicht als Parteiminister. Reichsjustizminister Dr.
Schiffer ist zum Reichszugler ernannt worden, das
Justizministerium bezubehalten. Er hat sich seine Ent-
scheidung vorbehalten. Der bisherige Außenminister Dr.
Rosenfeld hat dem Kabinett. Es gilt als sicher, daß
der Reichszugler selbst das Ministerium des Innern ver-
walten wird. Der Posten des am höchsten Gehaltenden
in Berlin ernannten bisherigen Ministers des Innern Dr.
Gradnauer ist Dr. R. K. in angetragen worden, der den
Kabinettschef Hermann Müller kurze Zeit als Außenminister
angehört hat. Das Finanzministerium hat der Reichszugler
dem Staatssekretär im Finanzministerium Dr. Zapf
angeboten, der parteipolitisch der Deutschen Volkspartei
angehört.

Der Reichszugler wird im Reichstage eine Erklärung
über die Politik des neuen Kabinetts abgeben und am
Schluß seiner Erklärung dem Reichstage die Frage vor-
legen, ob er diese Politik billige oder nicht. Es wird also
dem Reichstag überlassen sein, sich für dieses Programm
oder ein anderes zu entscheiden.

Der ober-schlesische Ausbruch, der unter dem Vor-
sitz des Ministers Rathenau, wählte getrennt einen Unter-
schuß, der die Persönlichkeiten des zu den Wirtschafts-
verhandlungen mit Polen zu entsendenden Kommissars bestim-
men soll.

Denkschrift.

der demokratischen Reichstagsfraktion

über die rechtliche Seite der Entente-Note über Oberschlesien.
Die deutsche demokratische Fraktion ist der Meinung, daß
sich die vier beteiligten Großmächte ihrer vollen Verantwor-
tung für die Entscheidung der Volkspartei-Konferenz vom 20.
Oktober in der ober-schlesischen Frage nicht durch den Hinweis
auf das Gutachten des Reichspräsidenten entziehen können.
Nach dem Friedensvertrag sind die Mächte selbst zur Ent-
scheidung berufen. Sie hatten nicht das Recht, diese Entscheidung
auf ein anderes Organ zu übertragen und haben dies selbst
dadurch anerkannt, daß sie lediglich ein Gutachten des Reich-
spräsidenten erbat. Wenn freilich schon im Obersten Rate
zum Ausdruck gebracht wurde, daß man dieses Gutachten
auf jeden Fall annehmen würde, so lag darin schon eine
Entscheidung von den Vorzeichen des Friedensvertrages.

Schon die Zusammenlegung des Reichspräsidenten selbst
eine völlig unparteiliche, lediglich aus der Natur der Sache
zu fließende Entscheidung erspart. Denn es fehlte die Unabhän-
gigkeit der Mitglieder des Reichspräsidenten von deren sel-

tschen Regierungen, und wenn auch die Ausarbeitung den
Vertretern von Staaten übertragen wurde, die bisher im
Konflikt noch nicht Stellung genommen hatten, so bewei-
sen doch Aeußerungen, wie z. B. von dem Reichspräsidenten,
die die Verantwortung für die Entscheidung sogar
von Anfang an der Volkspartei übertrug, daß der Friedensvertrag
auf die Volkspartei übertragen wurde.

In den Augen unserer Fraktion bedeutet die Entscheidung
vom 20. Oktober eine

offiziellste Verletzung des Friedensvertrages.

Wenn schon die Entente bei ihrer Entscheidung trotz ge-
wichtiger entgegenstehender Gründe von der Möglichkeit einer
Teilung ausgehen wollte, so widerspricht doch die Ueber-
nahme großer geschlossener, fast rein deutscher Städte, der Au-
tentzentrums des Landes an die polnische Staatshoheit, unvor-
stellbar dem Geiste der Bestimmungen über das Selbst-
bestimmungsrecht der Völker. Es war im Friedensvertrag ausdrücklich bestimmt
worden, daß die politische Grenze unter Berücksichtigung nicht
nur der geographischen, sondern auch der wirtschaftlichen Ver-
hältnisse gezogen werden müsse. Was der Reichspräsident und
die Volkspartei-Konferenz tat, ist das entgegenge-
setzte Verfahren. Sie zogen eine politische Grenze in vollem
Bewußtsein der ungesetzlichen wirtschaftlichen Folgen: für die
ersten fünfzehn Jahre verläßt sie dann diese entgegen-
kommen durch die Wirtschaftspolitik abzuwickeln. Die ausdrückliche
Zusage der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse
bei der Grenzsetzung selbst ist also nicht eingehalten
worden. Nicht ohne Grund hat der Reichspräsident seine Vor-
schläge über die wirtschaftliche Regelung lediglich als Empfeh-
lungen gegeben; offensichtlich war er sich hierbei darüber
klar, daß es sich für das gesamte Wirtschaftsgebiet oder
doch seine industriellen Teile, auch soweit das Gebiet bei
Deutschland verbleibt, um wesentliche Einschränkungen der
deutschen staatlichen Souveränität handelt. Mögen solche Ein-
schränkungen auf dem Gebiete der Eisenbahn, der Wasser- und
Elektrizitätsversorgung, des Seefahrwesens, Zollwesen usw.
ihren Zweck zum Nutzen des Wirtschaftslebens erfüllen könn-
en oder nicht, so bedeuten sie doch auf jeden Fall weitgehende
Beschränkungen der deutschen Staatshoheit auf dem ihr ver-
bleibenden Gebiete, von denen im Friedensvertrage keine
Rede ist. Auch der Artikel 92. letzter Absatz, bietet hierfür
eine ausreichende Grundlage. Denn nach seinem Inhalt ist
offenbar nur an untergeordnete Fragen gedacht. Aber selbst
wenn man die Auslegung des Artikels 92 noch so weit er-
strecken wollte, so ist dort von Umgehungen die Rede, die die
Parteien selbst zu treffen haben, deren Inhalt also ihrer
freien Bestimmung unterliegt. Deshalb eben spricht der
Friedensvertrag nur von „Empfehlungen“.

Ganz anders die „Entscheidung“ der Volkspartei-Konferenz
vom 20. Oktober 1921. Schon in der zweiten Zeile der
Note wird der Text eine Entscheidung genannt; um allen
Zweifeln zu begegnen, wird im dritten Satz die „Entschei-
dung“ ausdrücklich als „einseitiges Ganges“ bezeichnet, dem
die Mächte in seinen verschiedenen Teilen Geltung zu ver-
schaffen selbst entschlossen sind. Für den Fall der Weigerung
Deutschlands, diese Entscheidung anzunehmen (alsger) wer-
den Zwangsmassnahmen in Aussicht gestellt. Auf Seite 3 des
Textes wird nach der Verkündung des Ganges mit dem Worte
„Bescheid“ überdies über. Danach kann nicht der geringste
Zweifel sein, daß die Mächte abermals ein Recht beschlie-
ßen, für das die Rechtsgrundlage fehlt.

